Anlage
(Zu Ziffer VII Nummer 2)

Name, Vorname, Amts-/Dienstbezeichnung	Besoldungs-/Entgeltgruppe
Anschrift, PLZ, Ort	Geburtsdatum
Dienststelle, Organisationseinheit (ggf. ehemalige Dienstelle)	Telefon

▾ **An** ▾

Bitte auf dem Dienstweg vorlegen!

Für jede Instanz und jeden neuen Verfahrensabschnitt ist ein gesonderter Vordruck zu verwenden.

Zutreffendes bitte ankreuzen ☒ oder ausfüllen

Antrag auf Gewährung von Rechtsschutz und Kostenübernahme nach der VwV Rechtsschutz

☐ **im Strafverfahren**

☐ **im Zivilverfahren**

☐ **in einem anderen Verfahren:** _____

1. Angaben zum Verfahren

☐ Das Verfahren hat eine Strafverfolgung zum Gegenstand *(Ziffer II Nummer 1 Satz 2 VwV Rechtsschutz)*

Das Verfahren, für das Rechtsschutz begehrt wird, befindet sich beim

☐ Amtsgericht in _____

☐ Landgericht in _____

☐ Oberlandesgericht in _____

☐ Bundesgerichtshof

☐ Sonstiges _____

in der ☐ ersten ☐ zweiten ☐ dritten Instanz

☐ bei einer anderen Behörde:

_____ in _____

Anschrift der aktenführenden Stelle

_____

Das **Aktenzeichen** des Verfahrens lautet: _____

Verfahrensgegner ist: _____

2. Sachverhaltsdarstellung

(Unterlagen, wie zum Beispiel Ladungen, Beschlüsse sowie Schriftsätze sind beizufügen):

_____

_____

_____

_____

Fortsetzung Sachverhaltsdarstellung:

_____

_____

_____

_____

_____

_____

☐ Fortsetzung auf gesondertem Blatt (Anlage)

3. Begründung des Antrags auf Gewährung eines Zuschusses bzw. endgültige Kostenübernahme

Antrag auf

☐ die Gewährung eines Zuschusses

(dienstliche Gründe, Gründe der Rechtsverteidigung oder Rechtsverfolgung, Gründe zur Gewährung des Zuschusses, ggf. Begründung eines Härtefalles)

_____

_____

_____

☐ Fortsetzung auf gesondertem Blatt (Anlage)

☐ die endgültige Kostenübernahme. Diese ist aus Sicht des Antragstellers begründet, weil

- ☐ das Verfahren durch Beschluss vom _____ nicht eröffnet wurde,
- ☐ das Verfahren am _____ eingestellt wurde,
- ☐ durch Beschluss vom _____ von einer Verfolgung abgesehen wurde,
- ☐ _____

Außerdem liegt

☐ kein Verschulden ☐ geringes Verschulden

vor, weil:

_____

_____

_____

☐ Fortsetzung auf gesondertem Blatt (Anlage)

☐ die teilweise Kostenübernahme. Diese ist aus Sicht des Antragstellers begründet, weil

_____

_____

_____

☐ Fortsetzung auf gesondertem Blatt (Anlage)

Ich erkläre mich bereit

☐ **einen Kostenerstattungsanspruch, der wegen Zahlungsunfähigkeit des Prozessgegners oder aus anderen Gründen nicht durchsetzbar ist, bis zur Höhe des gewährten Zuschusses an den Freistaat Sachsen abzutreten (Ziffer III Nummer 4 VwV Rechtsschutz),**

☐ **Zuschüsse zurückzuzahlen, die anderweitig gedeckt oder nicht endgültig aus dem Staatshaushalt getragen werden.**

Fortsetzung Begründung des Antrags auf Gewährung eines Zuschusses bzw. endgültige Kostenübernahme:

Spezifizierte Endabrechnung des Rechtsanwalts liegt vor

☐ ja ☐ nein

Wird oder wurde anderweitiger Rechtsschutz (z. B. Rechtsschutzversicherung) in Anspruch genommen?

☐ Ja *(Nachweise sind beizufügen!)*

☐ Nein, die Inanspruchnahme ist unzumutbar, weil _____

_____

_____

_____

☐ Andere Gründe für die endgültige/teilweise Kostenübernahme sind:

_____

_____

_____

☐ Fortsetzung auf gesondertem Blatt (Anlage)

☐ Als Zuschuss wurden bereits _____ Euro gewährt.

4. Zahlungsverfahren

Zahlung wird auf unten angegebenes Konto erbeten

IBAN:	BIC:
bei:	
Kontoinhaber[1]:	

5. Kosten

☐ Anwaltskosten _____

☐ Gerichtskosten _____

☐ Vergütungsvereinbarung _____

☐ sonstige Auslagen _____

6. Vertretung im Verfahren

☐ Prozessbevollmächtigter (Name, Anschrift)

_____

_____

☐ Als Gutachter wurde bestellt/Gutachter ist (Name, Anschrift):

_____

_____

Fortsetzung Vertretung im Verfahren:

☐ Als Prozessbevollmächtigter/ und Gutachter soll/sollen bestellt werden (Name, Anschrift):

_____

[1] Falls Antragsteller nicht Kontoinhaber

_____

_____

7. Belege, Bescheinigungen, Rechnungen etc.

Alle erforderlichen Unterlagen sind als Anlage/n

☐ beigefügt ☐ nicht beigefügt

Es werden nachgereicht: _____

_____

_____

_____

Ich versichere pflichtgemäß die Richtigkeit meiner Angaben. Ich weiß, dass unrichtige oder unvollständige Angaben ein Dienstvergehen im Sinne des § 47 Absatz 1 des Beamtenstatusgesetzes darstellen und zu disziplinarrechtlichen Konsequenzen führen können.

Ort, Datum	Unterschrift der antragstellenden Person